

Unser Schuldenberg hat 200 Milliarden Euro erreicht

Die Wirtschaftskrise riss in die Staatsbudgets große Löcher. Österreichs Schuldenlast wächst.

Geld ist ohne Zweifel vorhanden – sonst gäbe es für die Staaten keines zu leihen. Wenn man möchte, dann hätte man schon längst ein ausgeglichenes Budget, aber das wollen die Reichen nicht, weil Staatsanleihen ein gutes Geschäft sind. Die Besteuerung von Kapitalerträgen ist viel niedriger als die Besteuerung von Einkommen aus Arbeit. Beispiel gefällig?

Erwin Wohlfahrter
8820 Neumarkt

Vorbereitung auf die Wahrheit

Jetzt werden wir anscheinend langsam darauf vorbereitet, wie es wirklich aussieht. Noch vor ein paar Monaten hat Herr Pröll ja stets betont, wie gut Österreich aufgestellt ist.

Ulrike Gartler
1060 Wien

Die Verursacher der Krise

Wann werden jene zur Kasse gebeten, welche diese Krise verursacht haben? Die Finanzjongleure, die Zocker, die Spekulanten? Jene, die sich trotz krimineller Wahnsinnsverluste, Wahnsinnsbonitäten selbst verordnet haben? Jetzt spricht man bereits von Erhöhung der Massensteuern. Warum schließt man nicht die vorhandenen Steuerschlupflöcher? Warum findet man nicht die Steuerhinterzieher? Der Kleine ist wieder mal der Dumme. Erst dürfen mit Steuergeldern die maroden Banken gerettet werden, dann werden die Steuern erhöht, um das Geld aufzutreiben! Pröll macht Politik für Millionäre.

Gerhard Trunkl
per eMail

Auf der Suche nach der Sparidee

Als ich Schulden hatte, habe ich stets überlegt, was ich mir an bisher Gewohntem versage. Aber man erkennt, unsere Politiker meinen, nicht sie hätten die Schulden, sondern wir Bürger hätten diese. Fehlt nur noch, dass sie uns deswegen mahnen oder bestrafen. Eine Bestrafung wird wohl kommen,

in Form höherer Steuern. Wo bleibt das Sparen bei den Staatsausgaben (besonders, wenn man Schulden hat)? Wer gehörte da bestraft, die Bürger oder die Politiker?

Ernst Hirschmugl
per eMail

Eigentlich selbst schuld

Polit-Blitzer in Österreich haben ganze Arbeit geleistet! Wir haben sie aber auch selbst gewählt.

Hans-Peter Pachinger
per eMail

Kein Spargedanke in Sicht

Politiker sagen immer: „Wir müssen sparen“. Aber leider sparen sie bei sich selbst nicht. Die Gehälter aller Politiker gehören sofort um mindestens 50 Prozent gekürzt und es dürfte nur mehr ein Gehalt bezogen werden. Hier könnte man sofort sparen. Aber leider hört und sieht man davon nichts.

Manfred Bierent
per eMail

Verschertes Familiensilber

Eine große Leistung. Wie kann nach Verkauf der Staatsbetriebe, nach Verkauf und zurtückleasen von Infrastruktur sich ein solcher Schuldenberg anhäufen? Zu Kreiskys Zeiten wurden Schulden gemacht für Dinge, die uns heute noch zur Verfügung stehen, in späteren Zeiten wurden Schulden gemacht und das Familiensilber verschertelt.

Essay Frigga
per eMail

Wie in einer Operette

Glücklich ist, wer vergisst, was doch nicht zu ändern ist. Alles Walzer!

Michael Milosits
per eMail

Verharren in der Schuldenpolitik

Das Markenzeichen sämtlicher Stillstandskoalitionen seit Kreiskys Schuldenpolitik ist jedenfalls das Beibehalten der Schuldenpolitik. Gegenseitige Schuldzuweisungen und Verweise auf die Vergangenheit sind daher



Der Optimismus des Finanzministers – Pammesberger-Karikatur vom Mai 2009

MICHAEL PAMMESBERGER

völliger Blödsinn, da alle Regierungskombinationen komplett versagt haben.

Lou Treck
per eMail

Neue Belastungswelle

Unser Dauergrinser, wie auch sein Vize lassen nun – „Steuererhöhungen wird es nicht geben“ – die Katze aus dem Sack. Auch Einsparungen sind geplant.

Wo bleiben die Einsparungen in der Politik? Reduzierung der in den letzten Jahren explodierten Parteienförderung. Den Nationalrat, vor der Ära Kreisky 165 Abgeordnete, heute 183 Abgeordnete, das sind doppelt so viele – gemessen an der Bevölkerungszahl – wie Deutschland wenigstens um die Zahl der EU-Abgeordneten reduzieren, den Bundesrat abschaffen oder wenigstens halbieren. Abschaffung des Bundespräsidenten – seit Wochen wird uns dessen Entbehrlichkeit drastisch vor Augen geführt, auch Professor Kelsen hatte einst ein solches Anbot, die Schweiz zeigt wie es geht usw.

Prof. Ferdinand Kovarik
1160 Wien

Griechenland braucht Hilfe

Wo bleibt eigentlich nun der Unterschied zu Griechenland? Diese 100 Milliarden mehr? Die Verschuldung Griechenlands wurde auch mit Korruption in Verbindung gebracht. Was geschah hier in Österreich? Die Zinszahlungen alleine können es nicht gewesen sein. Sicherlich trägt die Wirtschaftskrise dazu bei, aber mehr Transparenz des Geldflusses wäre interessant, aber dies wird eben den normalen, brav steuerzahlenden Bürgern vorenthalten.

Robert Paulitsch
per eMail

Das Desaster der EU

Laut *Wall Street Journal* befürchtet der deutsche Bundesbank-Präsident Axel Weber, dass das hochverschuldete Griechenland einen Finanzbedarf von 80 Milliarden Euro habe. Die Lage in Griechenland verschlechterte sich. Bisher sind die EU-Staaten und der IWF bereit, mehr als 45 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Wem ist das nicht ge-

nug? Verschlechtert sich die Lage Griechenlands, weil neue, schlechtere Tatsachen hervorkommen, die bisher nicht bekannt waren? Oder werden immer neue schlechte Tatsachen geschaffen? Von wem und warum? Zielt die Verschlechterung der Lage Griechenlands auf den Kurs des Euro zum Dollar?

Im Effekt ist das Desaster Griechenlands ein Desaster der EU. Vielleicht hätte auch Bundeskanzlerin Merkel daran denken müssen, dass doppelt gibt, wer schnell gibt. Und warum erkennen noch immer viele Europäer nicht, dass es in Griechenland um Europa geht?

Dr. Erich Schäfer
1010 Wien

Das Stopfen der Löcher

Geld für die Griechen, Geld für die maroden Banken wegen des Vulkans und dem daraus resultierenden Einnahmeverlust. Der europäische Finanzbankrott kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Fred Keller
per eMail

Streiks in Griechenland

Die Griechen sind anscheinend noch immer nicht in der Realität angekommen! Ausgerechnet die Beamten streiken, die doch wissen müssten, dass sie auf diese Weise ihr Gehalt auch nicht erwirtschaften.

Helga Stubenvoll
2130 Mistelbach

Ein Schritt zur EU-Steuer

Österreich wird in letzter Zeit öfters mit einem Griechenland-Vergleich genannt. Hier noch ein paar Aspekte: Griechenland hat ein BIP in der Höhe des Ruhrgebietes. In Athen haben Kriminelle jahrelang gefälscht und betrogen und keiner wird dafür eingesperrt.

Bei uns gibt es das leider auch. Der Brüssel-EU ist das Ganze sicher insofern recht, denn es wird Brüssel mehr Kontrolle beziehungsweise das nächste größere Ziel einer EU-weiten Steuer ein Stück näherbringen.

Stefan Matun
per eMail

Antrag auf Finanzhilfe

Und wir alle pumpen nun Geld in ein Land, dessen System darauf aufgebaut ist, am Nachmittag über Stunden hinweg alles zu schließen und nichts zu arbeiten?

Ich möchte auch einen Antrag auf Finanzhilfe stellen. An wen wende ich mich?

Markus Polczer
per eMail

Die Verantwortlichen bestrafen

Ich bin erstaunt, dass im Falle der Finanznot Griechenlands immer nur von präzisen und harten Sparmaßnahmen für die Bevölkerung die Rede ist.

Wann kommt endlich jemand auf die Idee, die Verursacher dieser Milliardenpleiten zur Verantwortung zu ziehen? Die kleinen Leute Griechenlands werden's ja wohl nicht sein.

Doris Brandel
per eMail

LIEBE LESERINNEN UND LESER! IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG. SCHREIBEN SIE AN DEN KURIER, 1072 WIEN, LINDENG. 52, ODER PER eMAIL AN leser@kurier.at ODER BESUCHEN SIE UNSERE HOMEPAGE www.kurier.at

► **Online-Foren:** Registrierte Benutzer haben auf [KURIER.at](http://www.kurier.at) die Möglichkeit, aktuelle Berichte zu kommentieren.

Ihre Zuschriften können sowohl in der Zeitung als auch online veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. GELEITET VON CHRISTIAN BARTOS

GASTKOMMENTAR

Die Mär vom Vermögensmittelstand

VON CHRISTIAN FELBER

keine gute Idee. Doch zu Sparwut und Massenschröpfung gibt es eine prominente Alternative: Vermögenssteuern.

Emotionen Großer Gott: Kaum eine Forderung löste in den letzten Jahren lauter Aufheulen aus als Vermögenssteuern.

Doch vor der blinden Emotion sollte der sachliche Blick stehen. Denn dieser würde ergeben, dass Vermögenssteuern den sakrosankten Mittelstand gar nicht treffen können, weil es einen „Vermögensmittelstand“ gar nicht gibt. Die zehn Prozent Reichsten besitzen 70 Prozent des Vermögens.

90 Prozent Masse teilen sich schlappe 30 Prozent des

Gesamtvermögens: für den Finanzminister kaum interessant.

Eine durchschnittliche Besteuerung von 1,5 Prozent der zehn Prozent Reichsten würde diesen nicht sonderlich wehtun und das Budgetdefizit von 13 Milliarden Euro auf drei Milliarden Euro senken. Als nächste Gruppe könnten die Profiteure der staatlichen Bankenrettung an den Krisenaufwärmkosten beteiligt werden. Es widerspricht jedem marktwirtschaftlichen Verantwortungsprinzip, dass der Schiffbruch sys-



temrelevanter Banken von den Steuerzahlern finanziert wird und weder von den Eigentümern noch von den Gläubigern.

Budgetkur Ein Drittel für jede dieser Gruppen wäre nicht nur eine Kur fürs Budget, sondern auch allemal gerechter als der von der Regierung beschlossene Bankenrettungssozialismus. Drittens sollten jene wachsenden Einkommen, für die kein Finger gerührt wird, endlich mindestens so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen.

Ein Beispiel: Bevor das Bundesland Kärnten die Hypo Alpe-Adria an die Bayerische Landesbank verkaufte, erfolgte ein spontaner Zwischendeal an 46 reiche Investoren.

Diese verkauften nach kurzer Zeit – laut Medienberichten – mit einem Gewinn von 150 Millionen Euro weiter. Für dieses Einkommen, dem keine Leistung zugrunde liegt, zahlten die „Investoren“ zumeist null Cent Steuer und null Cent Sozialversicherungsbeitrag.

Die steuerliche Gleichstellung von Kapitaleinkommen mit Arbeitseinkommen würde dem Budgetdefizit den Rest geben. Der oberste Interessensvertreter der SteuerzahlerInnen, Josef

Pröll, war hier – zumindest im Oktober noch – meiner Meinung: „Wir brauchen eine neue Steuerpolitik, die sich am Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientiert.“

Mag. Christian Felber ist Buchautor und Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zuletzt erschien „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“ bei Deuticke.

Weiterbildung ein Leben lang!
► www.humboldt.at ◀
oder fordern Sie noch heute mit dem Gutschein auf der 4. Umschlagseite der tv.woche das kostenlose Studienhandbuch des HFL an. Werbung